

Tagesordnungspunkt 42:

Erste Beratung:

**Für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen** - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
- Drs 15/2936

Eingebracht wird der Antrag vom Abgeordneten Klein. Ich erteile ihm das Wort.

**Hans-Jürgen Klein (GRÜNE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mit einem Zitat anfangen. Es lautet:

„Die EU-Transparenzinitiative sehe ich als einen interessanten Ansatz. Allerdings möchte ich vermeiden, dass wir in einer Neiddiskussion enden. Wir brauchen eine sachgerechte Diskussion darüber, wofür wir Agrarzahungen überhaupt brauchen und welche Gegenleistungen von den Empfängern erbracht werden. Hierbei geht es um so grundlegende Dinge wie Ernährungssicherung, Wertschöpfung auf dem Lande, Pflege der Kulturlandschaft und nachhaltiges flächendeckendes Wirtschaften in der Landwirtschaft, auch dort, wo sie ungünstige Bedingungen vorfindet wie beispielsweise in unseren Mittelgebirgen.“

Also sprach Gert Lindemann, Staatssekretär in Berlin, in diesem Hause ja durchaus bekannt und geschätzt. Er reagierte damit auf eine aktuelle Diskussion, die wir mit unserem Antrag aufnehmen. Ich fand, das war schon eine relativ gute Kurzbegründung für unseren Antrag.

Die Transparenzinitiative der EU ist ein Aspekt. Die zweite Schiene ist eine Gruppe von 27 Verbänden, die sich mit Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Tierschutz, Umweltschutz und Entwicklungspolitik beschäftigen und die sich zu einer Initiative „Wer profitiert? - Für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen“ zusammengeschlossen haben. Warum hat sie das getan? Gehen wir dazu einen Schritt zurück. Die Einführung der Direktzahlungen für die Landwirtschaft erfolgte 1992 mit der so genannten McSharry-Reform. Unter den damals einstimmig beschlossenen Zielen der EU finden wir folgenden Hinweis, und ich möchte Sie einfach bitten, diesen Hinweis für die weitere Diskussion dieses Punktes im Hinterkopf zu behalten:

„Der Agrarhaushalt müsste zum Instrument einer wirklichen finanziellen Solidarität werden zugunsten derjenigen, die Solidarität am notwendigsten brauchen. Deswegen sollten die direkten Beihilfemaßnahmen entsprechend der Betriebsgröße, der Einkommenshöhe, den regionalen Gegebenheiten und anderen wichtigen Faktoren gestaffelt werden.“

Im ersten Satz steht sozusagen das Megaziel, das ich Ihnen auch nicht vorenthalten will:

„Wir müssen eine ausreichend große Zahl von Landwirten zum Bleiben bewegen.“

Dieser soziale Tenor findet sich übrigens auch im EWG-Vertrag sowie in unserem Landwirtschaftsgesetz.

Wie sah dann die Wirklichkeit aus? Die einzige Staffelregelung, die es gegeben hat, war die 90-Bullen-Grenze, die bestimmte, dass bei Überschreiten dieser Grenze keine Subventionen gezahlt werden. Diese Regelung ist dann auch noch zugunsten Ostdeutschlands durch eine Ausnahmeregelung abgeschafft worden.

Wie sah es mit den Betrieben aus? Zur Zeit der McSharry-Reform hatten wir noch fast 600 000 Betriebe. 2005 wurden 366 000 Betriebe gezählt. Das war also innerhalb von 13 Jahren fast eine Halbierung.

Auch eine Ökologisierung der Landwirtschaft sollten die Direktzahlungen bringen. Ich will Ihnen nur zwei Parameter nennen, die dafür zugrunde gelegt werden können: Der Einsatz von

Stickstoffhandelsdünger je Hektar Fläche bewegt sich seit 1993 mit nur leichten Schwankungen unverändert um 110 kg. Das ist viel zu viel. Die Pestizidwertstoffmenge, die 1993 noch knapp 29 000 t im Jahr betrug, ist bis 2004 auf gut 35 000 t angestiegen, und das bei einer verringerten Fläche.

Wir reden hier nicht über Peanuts, wir reden über eine Summe von fast 300 Milliarden Euro, die für die so genannte erste Säule, also für Direktbeihilfen und Marktmaßnahmen, ausgegeben werden. Wenn man den aggregierten EU-Statistiken glauben kann, teilt sich diese Summe so auf, dass 1,1 % der Betriebe 31,5 % der Mittel abgreifen.

(Enno Hagenah [GRÜNE]: Das ist ja unglaublich!)

Jeder 200. Betrieb bekommt über 300 000 Euro pro Jahr; das ist die Kappungsgrenze, die Fischler damals vorgeschlagen hat. Mit weniger als 10 000 Euro müssen sich 77,7 % der Betriebe zufrieden geben mit insgesamt einem Viertel der Zahlungen.

Was verbirgt sich dahinter, meine Damen und Herren? Wir haben kein englisches Königshaus, das in Großbritannien als Großprofiteur von EU-Direktzahlungen geoutet wurde. Aber wir könnten sicherlich feststellen, dass manch wohlhabendes Fürstengesicht, das wir aus den gelben Blättern kennen, seine Konten zusätzlich mit erheblichen EU-Beihilfen auffüllen kann. Das ist sicherlich nicht das Hauptproblem. Aber es ist eben auch so, dass nicht die bäuerlichen Betriebe mit vielen Arbeitsplätzen davon profitieren und nicht diese Betriebe in ihrer sozialen Lage verbessert werden. Es dürften Namen wie Nordmilch, Nestlé Deutschland, Südzucker und Südfleisch sein, die in der Hitliste der EU-Subventionsempfänger ganz oben stehen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Da sehe ich in der Tat ein Problem, meine Damen und Herren. Von der Förderung von weltweit agierenden erfolgreichen Lebensmittelunternehmen habe ich nämlich in den Zielen der McSharry-Reform überhaupt nichts gelesen. Auch in den Zielen der Agenda 2000 oder der letzten EU-Agrarreform ist davon keine Rede. Das ist eine Schiefelage, die wir beseitigen müssen. Dazu brauchen wir eben Klarheit und Transparenz darüber, wofür und wohin die öffentlichen Mittel fließen.

Mit unserem Antrag wollen wir genau diese Informationen gewinnen, damit dieses Geld, das die Gesellschaft bereitstellt, zielgerichtet für gesellschaftlich erwünschte Lenkungen ausgegeben wird. Das sind nach meiner Auffassung soziale, einkommens- und beschäftigungspolitische und ökologische Kriterien.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, dass genau diese Debatte durch eine Transparenz der Zahlungen ausgelöst wird, zeigen uns die europäischen Nachbarn, die uns bereits vorausgegangen sind.

(Unruhe)

### **Vizepräsident Ulrich Biel:**

Herr Abgeordneter, einen Augenblick! - Meine Damen und Herren, der Geräuschpegel ist wirklich wieder sehr hoch. - Bitte!

### **Hans-Jürgen Klein (GRÜNE):**

Schweden, Großbritannien, Irland, Dänemark, Spanien und - geplant - Finnland haben diese Zahlen bereits veröffentlicht. Wir haben gehört, dass es allgemein durchaus eine positive Aufnahme dieser Gedanken gibt, sowohl bei der Bundesregierung als auch beim Bauernverband. Ich bitte Sie: Schließen Sie sich diesen positiven Stellungnahmen an und lassen Sie uns unseren Antrag in dieser Form verabschieden, damit wir auf diesem Weg ein Stück weiterkommen! - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

**Vizepräsident Ulrich Biel:**

Für die CDU-Fraktion hat nun der Abgeordnete Große Macke das Wort.

**Clemens Große Macke (CDU):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen“ - Herr Kollege Klein, wenn es Ihnen wirklich um Transparenz gehen würde - was zu bezweifeln ist -, dann stellt sich mir die Frage, wozu ich in einer öffentlichen Diskussion, wenn es um die Fortentwicklung europäischer Agrarpolitik geht, die Namen der Subventionsempfänger brauche, wenn ausweislich Ihres Antrags die relevanten Daten schon lange erfasst worden sind und in vielfältigster Form evaluiert sind?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ihr Antrag, lieber Kollege von Bündnis 90/Die Grünen, ist in sich widersprüchlich und somit nur für den Papierkorb geeignet.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Widerspruch bei der SPD)

- Nicht ganz, Frau Kollegin! In einem gebe ich dem Kollegen ja recht: in Ihrer Schlussfolgerung nämlich, dass von deutscher Seite, von den Verantwortlichen aus Berlin, in den letzten Jahren schlechte Agrarpolitik gemacht wurde. Das haben wir über Renate Künast schon immer gesagt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Widerspruch bei den GRÜNEN)

Denn die Frage, wer die Entkopplung und den Flächenansatz mit ausgehandelt hat, die Obergrenzen ausgeschlossen hat - alles das, was Sie jetzt in Ihrem Antrag kritisieren -, muss ja beantwortet werden.

Lieber Kollege, ich bin gerne bereit, eine fachliche Diskussion über Transparenz bei EU-Agrarsubventionen zu führen. Genau das wollen Sie, Herr Kollege Klein, hier aber nicht. Ihnen geht es um das Schüren einer Neiddiskussion,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ihnen geht es um Umverteilung,

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Es geht um die wirtschaftliche Verwendung von Steuergeldern!)

und Ihnen geht es um die Verteidigung einer längst überholten Ideologie.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

**Vizepräsident Ulrich Biel:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Wenzel?

**Clemens Große Macke (CDU):**

Nein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer Ackerspione auf die Felder schickt, sollte von anderen nicht Transparenz fordern.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Kollege Klein, auch wenn Sie sich persönlich Ihre Vorteile nicht nehmen lassen wollen, bitte ich Sie, dass Personen und Namen von Ihnen nicht als Mittel zum Zweck missbraucht werden. Die detaillierten Zahlen, die Sie in Ihrem Antrag zur Begründung anführen, machen ihn überflüssig.

Meine Damen und Herren, Transparenz wird immer wieder mit dem Satz verbunden: Das ist gut. - Wenn aber aus Transparenz der gläserne Bürger wird, dann ist das verheerend. Deshalb gehen wir diesen Weg, den ich beschrieben habe, konsequent weiter. - Danke.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Unruhe)

**Vizepräsident Ulrich Biel:**

Für die SPD-Fraktion hat nun der Abgeordnete Steinecke das Wort. Ich erteile es ihm erst dann, wenn es wirklich ruhig geworden ist. - Herr Steinecke, jetzt haben Sie das Wort.

**Dieter Steinecke (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Große Macke, wohin der Antrag der Grünen gehört, soll jeder für sich selbst beantworten.

(Clemens Große Macke [CDU]: Das habe ich für meine Fraktion getan!)

Wohin Ihre Rede gehört, würde ich auch gerne sagen. Ich finde aber, dass das unterhalb des Niveaus dieses Hauses ist. Ich finde, dass die Art und Weise, wie Sie mit dem Antrag umgegangen sind, dieses Hauses nicht würdig ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

Ich finde, man kann sich damit ernsthaft und sachlich auseinandersetzen. Ich versuche es deshalb einen Schlag sachlicher.

Im Mai dieses Jahres veröffentlichte die EU-Kommission ein Grünbuch und stellte darin die Forderung nach öffentlichen Listen mit Subventionsempfängern und Lobbyisten auf. Wenn bekannt sei, wohin das Geld fließe, könne die Akzeptanz für Europa erhöht werden.

(Unruhe)

**Vizepräsident Ulrich Biel:**

Herr Steinecke, einen Augenblick noch einmal! - Meine Damen und Herren speziell auf der Seite der SPD, es ist dort ziemlich laut.

(Hartmut Möllring [CDU]: Aber der ist doch von der SPD!)

Bitte!

**Dieter Steinecke (SPD):**

Schon im November 2005 ist die Europäische Transparenzinitiative gestartet worden. Sie wirft die Frage auf, ob Mitgliedstaaten gesetzlich verpflichtet werden sollen, die Empfänger von EU-Geldern zu veröffentlichen. Ich glaube, niemand hier im Hause wird bezweifeln, dass die Bereitstellung von Informationen über die Verwendung von EU-Mitteln - das ist nämlich Geld der Steuerzahler - im allgemeinen öffentlichen Interesse liegt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Elf Mitgliedstaaten legen der Öffentlichkeit bereits heute Daten dazu in zugegebenermaßen unterschiedlichster Ausprägung vor. Im Grünbuch werden interessierte Kreise gebeten, ihre Beiträge zu diesem Thema einzusenden. Meine Damen und Herren, Niedersachsen sollte sich interessiert zeigen, Niedersachsen sollte sich dieser Initiative auf mehr Transparenz anschließen bzw. sie aktiv begleiten. Deshalb begrüßen wir den vorliegenden Antrag als Impuls zu dieser Debatte.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir sollten aber nicht nur auf eine EU-Regelung warten, sondern uns schon jetzt für ein bundesweites Transparenzgebot aussprechen. Die Gestaltung muss allerdings inhaltlich und handwerklich sorgfältig erarbeitet werden.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Die Diskussion um die EU-Agrarförderung ist so alt wie die Förderung selbst. Deswegen kann es nur richtig sein, Datenmaterial zugänglich zu machen, um auf sachlicher, faktischer Grundlage die Zuwendungsstruktur zu analysieren, Schlussfolgerungen zu ziehen und über eventuell notwendige Änderungen zu beraten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber genau in dieser Reihenfolge: Daten und Fakten, Analyse, Schlussfolgerung und dann Änderungen und nicht umgekehrt. Selbstverständlich müssen die Daten so beschaffen und aufbereitet präsentiert werden, dass eine Analyse auch möglich ist. Da reichen nicht Hinweise in der Presse, wie es bei einigen Firmen aussieht. Dabei muss natürlich der in Deutschland verabredete Datenschutz gewahrt bleiben.

(Ernst-August Hoppenbrock [CDU]: Wie das denn?)

Daten- und Verbraucherschutz haben für uns einen hohen Stellenwert, und beim Bündnis 90/Die Grünen haben sie es zumindest in der Vergangenheit auch immer gehabt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das gilt natürlich für alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen. Aber: Datenschutz darf auch nicht missbraucht werden, den öffentlichen Anspruch auf Transparenz bei Verwendung von Steuermitteln zu torpedieren. Es könnte dann schnell der Eindruck entstehen, dass da etwas geheim gehalten wird, weil man etwas verheimlichen will. Das nährt dann nur unnötig Spekulationen, fördert die Neiddebatte, und alle Zuwendungsempfänger werden über einen Kamm geschoren.

Meine Damen und Herren, wenn die Daten belegen, dass tatsächlich nachweisbare Ungerechtigkeiten auftreten, dann muss selbstverständlich gehandelt werden. Wenn die Vermutung erhärtet wird, dass durch die jetzige Förderpraxis industrielle Agrarproduktion zulasten der bäuerlichen Strukturen bevorzugt wird und der Strukturwandel dadurch extrem beschleunigt wird, wenn belegt wird, dass der Entwicklung des ländlichen Raumes Geld fehlt, weil es unnötig woanders ausgegeben wird, wenn sich zeigt, dass die Ziele der GAP-Reform - mehr Wettbewerb, mehr Umwelt- und Tierschutz, mehr Lebensmittelsicherheit - nicht erreicht werden, dann müssen Fördergrundsätze und -richtlinien den neuen Erkenntnissen angepasst werden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dann wird wieder über Obergrenzen, über fakultative Modulation und vieles andere mehr zu reden sein.

Alles in allem erwartet uns eine spannende, aber notwendige Diskussion. Wir sollten diese Diskussion mit der notwendigen Sensibilität und Ernsthaftigkeit führen, gerade in Niedersachsen. Folgendes sollten wir dabei im Auge behalten:

Erstens. Notwendige Anpassungen bzw. entsprechende Forderungen können erst *nach* einer sorgfältigen Analyse diskutiert werden.

Zweitens. Wir dürfen die Betriebe in ihrer Existenz nicht gefährden. In Deutschland und erst recht in Niedersachsen als Agrarland Nummer eins sollen die Landwirtschaft und die Ernährungswirtschaft mit ihren Arbeitsplätzen und ihrer Wertschöpfung erhalten bleiben, gerade damit sie die gesellschaftlichen Anforderungen erfüllen können.

Dass die Transparenzdiskussion insbesondere im Agrarbereich geführt wird, ist verständlich, da dieser Bereich einen sehr großen Teil der EU-Mittel bindet. Dennoch: Transparenz ist richtig, macht Entscheidungen einfacher und sachlich besser begründbar. Transparenz darf aber nicht auf den Agrarbereich beschränkt bleiben. Wenn die Öffentlichkeit ein Recht auf Einblick in die Verwendung von Steuermitteln hat, dann gilt das für alle Wirtschaftsbereiche.

(Beifall bei der SPD)

Dann gilt das auch nicht nur für EU-Mittel, sondern für alle staatlichen Transferleistungen.

(Zurufe von der FDP: Genau!)

Ich will nur einige Beispiele nennen. Spannend ist sicherlich auch Transparenz bei der Verwendung der Mittel für den Aufbau Ost oder der Mittel für Vorruhestandsregelungen. Es gäbe sicherlich viele weitere Beispiele.

Meine Damen und Herren, wir sollten uns für mehr Transparenz entscheiden. Ich bin sicher, dann werden wir spannende Diskussionen bei der Aufarbeitung der uns dann vorliegenden Daten haben.

Schließen möchte ich mit Erlaubnis des Präsidenten mit einem Zitat des EU-Kommissars Siim Kallas aus dem *Spiegel*, Ausgabe 23/2006:

**Vizepräsident Ulrich Biel:**

Dafür brauchen Sie keine Erlaubnis.

(Heiterkeit - Bernd Althusmann [CDU]: Ich würde sie einfach einmal verweigern!)

**Dieter Steinecke (SPD):**

Ich werde das an entsprechender Stelle zum Besten geben, Herr Althusmann. - Ich zitiere:

„Ich denke, dass wir von Transparenz nichts zu befürchten haben. Offenheit ist etwas Gutes. Entweder ist unsere Politik richtig bei den Regionalhilfen, bei der Landwirtschaft oder bei der Forschungsförderung, dann müssen auch die Mittelempfänger nicht verschämt verschwiegen werden, oder es zeigt sich, dass wir das Geld an die Falschen verteilen. Dann muss das geändert werden.“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Ulrich Biel:**

Für die FDP-Fraktion hat nun der Abgeordnete Oetjen das Wort. - Meine Damen und Herren, ich habe Sie gerade einige Male ermahnt, etwas ruhiger zu sein. Es ist wirklich sehr laut. Versuchen Sie jetzt einmal, etwas leiser zu sein.

**Jan-Christoph Oetjen (FDP):**

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Transparenz schaffen und Subventionen veröffentlichen - das ist eine vordergründig positive Aussage. Aus meiner Sicht steckt aber sehr viel mehr dahinter als nur die Frage der Transparenz bei Agrarausgleichszahlungen.

Zunächst einmal möchte ich mich dem Kollegen Steinecke anschließen und fragen: Warum beschränken sich die Grünen an dieser Stelle auf die Forderung nach Offenlegung der Agrarbeihilfen? Warum verlangen Sie nicht die Offenlegung von Zuschüssen an Nichtregierungsorganisationen? Warum sollen nicht die Empfänger der Eigenheimzulage veröffentlicht werden? Warum legen wir nicht grundsätzlich alle Transferzahlungen des Staates in jedwedem Bereich offen?

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der CDU: Hartz IV!)

Die Antwort ist einfach: Weil es dann einen Aufschrei in der Republik gibt und die Grünen das natürlich nicht wollen. Stattdessen nutzen Sie eine alte Neiddiskussion und nehmen die Bauern aufs Korn. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist typisch Grün.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Christian Dürr [FDP]: Klassische Klientelpolitik!)

Ich sage hier deutlich, verehrte Kolleginnen und Kollegen, gerade vor dem Hintergrund des Datenschutzes halte ich die Veröffentlichung von Name, Anschrift und Höhe der Ausgleichszahlungen für höchst fragwürdig und rechtsstaatlich bedenklich.

Herr Kollege Klein, bedenken müssen Sie zudem, dass Frau Künast - jetzt Gott sei Dank außer Dienst - an der Entwicklung dieses Prämiensystems entscheidend mitgewirkt hat. Sie treffen mit Ihrer Kritik also zuallererst die grüne Ministerin.

(Beifall bei der CDU - Unruhe)

- Frau Kollegin Stief-Kreihe, ich würde mich über die geschätzte Aufmerksamkeit des hohen Hauses freuen.

Wir von der FDP-Landtagsfraktion haben das Ziel, die niedersächsische Landwirtschaft stärker an den Markt heranzuführen. Dabei ist natürlich auch die Frage, wie die Zukunft der europäischen Agrarbeihilfen aussieht, zu berücksichtigen. Ziel niedersächsischer Agrarpolitik muss es sein und ist es auch, dass ein Bauer sein Einkommen am Markt verdienen kann. Darauf müssen wir hinarbeiten; denn dann brauchen wir auch keine Subventionen für Bauern mehr.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das ist heute aber nicht der Fall. Im Gegenteil, in manchen Bereichen hat die europäische Politik

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

die Landwirte konsequent von der Marktwirtschaft ferngehalten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Von daher ist es zum jetzigen Zeitpunkt notwendig, Ausgleichszahlungen zu leisten, Herr Kollege Dürr, auch um die gesellschaftlichen Leistungen unserer Landwirtschaft zu honorieren. Denn wir, meine Damen und Herren, wollen eine flächendeckende Landwirtschaft.

(Beifall bei der FDP)

Im Übrigen sind schon heute die meisten Zahlen bekannt. Der Kollege Große Macke hat das eben schon gesagt. Es ist klar, in welchen Produktionsbereich wie viel Geld geht. Es ist bekannt, in welche Region die Mittel fließen. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Daten, die notwendig sind, um sachgerecht über die Weiterentwicklung der Agrarpolitik zu diskutieren, schon jetzt jedermann zugänglich sind.

(Beifall bei der FDP)

Ich sage Ihnen deutlich, Herr Kollege Meyer: Ich sehe keine Vorteile darin, dass man im Internet nachsehen kann, dass Bauer K. aus Steinau 17 000 Euro, Bauer M. aus Nienstedt 16 000 Euro oder Bauer O. aus Sottrum 8 000 Euro bekommt. Ich kann mir nicht vorstellen, Ihrem Antrag zuzustimmen; denn das bringt überhaupt nichts.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

### **Vizepräsident Ulrich Biel:**

Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Ehlen das Wort.

### **Hans-Heinrich Ehlen, Minister für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen soll die Niedersächsische Landesregierung aufgefordert werden, die Empfänger, die Verwendung und die Höhe der Direktzahlungen und Exportsubventionen zu veröffentlichen, um so mehr Transparenz in die Umsetzung der EU-Agrarpolitik zu bekommen. Der Antrag enthält

demzufolge die Aufforderung, personenbezogene Daten, insbesondere die Namen der Empfänger und die Beträge der EU-Mittel, zu veröffentlichen.

Die Niedersächsische Landesregierung lehnt dieses Ansinnen ab, weil die Veröffentlichung von Namen und Beträgen der EU-Beihilfen weder sinnvoll noch notwendig ist. Das würde eine sachgerechte Diskussion über die Agrarpolitik eher behindern als fördern.

Um es klar zu sagen: Wir befürworten eine transparente Umsetzung der gemeinsamen Agrarpolitik und sind für eine ehrliche und faire Diskussion über die zukünftige Agrarpolitik in der Gemeinschaft. Herr Kollege Klein, wenn es Änderungsbedarf gäbe, dann hätten Ihre ehemalige Landwirtschaftsministerin und die damalige Mehrheit im Bundestag in den letzten sieben Jahren entsprechend tätig werden können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich meine, es ist schon ein Stück Scheinheiligkeit, wenn man nun plötzlich meint, etwas ändern zu müssen, wo Sie nicht mehr in der Regierungsverantwortung sind.

Meine Damen und Herren, wir werden über verschiedene Aspekte wie die gesamtgesellschaftliche Leistung der Landwirtschaft, die Gewährleistung wettbewerbsfähiger Strukturen und die Verteilungswirkungen des jetzigen Systems diskutieren können. Das haben wir auch in der Vergangenheit getan. Gleichwohl, meine Damen und Herren, gibt es erhebliche datenschutzrechtliche Probleme. Nach der derzeitigen Rechtslage müsste in jedem Fall erst einmal der Betroffene seine Einwilligung dazu geben, dass sein Name veröffentlicht wird. Meine Damen und Herren, den damit verbundenen Aufwand können wir uns einfach nicht leisten. Man muss sich auch fragen: Welchen Nutzen bringt denn diese Veröffentlichung von personenbezogenen Daten?

Meine Damen und Herren, aus meiner Sicht war das Maß an Transparenz in der Vergangenheit bereits sehr hoch. Es gibt sehr viele Kriterien für die Vergabe von EU-Beihilfen. Es ist klar, dass jeder Einsicht in die Daten haben muss, wie man diese Beihilfen erhalten kann.

Meine Damen und Herren, es gibt - das behaupte ich einmal - keinen anderen Sektor, in dem die Berichterstattung so breit angelegt ist. Es gibt zum einen die Agrarberichterstattung, zum anderen die Testbetriebsstatistik und zum dritten die Statistiken der Landwirtschaftskammern. Ich hatte eigentlich vor, die 38 - - -

(Zuruf von der SPD: Nein!)

- Ich lese sie ja nicht vor. Ich sage nur, dass wir diese Aufstellung haben. Ich meine, dass diese Zusammenstellung der verfügbaren Mittel, die jeder einsehen kann, ausreichen muss.

(Bernd Althusmann [CDU]: Welche 38 sind es denn?)

**Vizepräsident Ulrich Biel:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Althusmann?

**Hans-Heinrich Ehlen**, Minister für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Nein. Er will nur, dass ich die 38 Seiten vorlese; das mache ich aber nicht!

(Heiterkeit und Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

**Vizepräsident Ulrich Biel:**

Ich dachte, er wollte den Hinweis geben, dass die Richtzeit für die Rede der Landesregierung fast überschritten ist.

**Hans-Heinrich Ehlen**, Minister für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Ein paar Sekunden Zeit habe ich noch. Damit komme ich aber aus.

Meine Damen und Herren, ich glaube, der wahre Hintergrund dieses Antrags ist, dass man Landwirte stigmatisieren will, weil sie öffentliche Gelder bekommen. Herr Steinecke, wir müssen auch aufpassen, welche Dinge wir anschieben. Wenn wir damit anfangen, die Veröffentlichung von Daten von Empfängern öffentlicher Mittel aus Steuergeldern zu fordern, dann wird die nächste oder übernächste Forderung sein, offen zu legen, wer Sozialhilfe, wer Hartz IV usw. bekommt. Das wollen wir nicht. Das gilt auch für Bauern.

Ich meine, wenn jetzt junge Landwirte, die sich weiterentwickeln und die Herausforderungen der Zukunft annehmen, darlegen müssen, dass sie etwas mehr EU-Subventionen bekommen als vorher, dass sie vielleicht etwas mehr bekommen als der Nachbar, dann habe ich sehr große Angst davor, dass wir keine Menschen mehr finden, die Landwirte werden bzw. unsere Kulturlandschaft in Ordnung halten wollen. Deshalb sage ich ganz klar: Dieser Antrag gehört zwar nicht dahin, wohin ihn einige andere befördern wollten, aber er gehört abgelehnt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

**Vizepräsident Ulrich Biel:**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nach § 71 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung um zusätzliche Redezeit gebeten.

(Zurufe von der CDU: Oh, nein!)

- Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich bitte ausreden. - Herr Klein, warten Sie bitte noch einen Augenblick. Sie wissen ja noch gar nicht, ob ich Ihnen zusätzliche Redezeit erteile.

Herr Klein, ich erteile Ihnen eine Minute Redezeit.

**Hans-Jürgen Klein (GRÜNE):**

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich mit unseren Redezeiten begnügen würden, dann wären wir schon gestern Nachmittag fertig gewesen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Ich habe amüsiert verfolgt, wie hier krampfhaft Argumente gesucht worden sind, um zu verhindern, dass die Verwendung öffentlicher Gelder offen gelegt wird.

(Zustimmung von Filiz Polat [GRÜNE])

Ich finde das, ehrlich gesagt, beschämend. Das ist typisch deutsch. Sie wissen, dass die angelsächsischen und skandinavischen Länder da eine ganz andere Kultur haben. Ich finde, davon sollten wir uns eine Scheibe abschneiden.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Sie haben mich angegriffen und gesagt, ich würde etwas gegen die bäuerlichen Betriebe machen wollen. Ich glaube, ich habe sehr deutlich gemacht, dass es mir darum geht, dass gerade die bäuerlichen Betriebe in Zukunft von den noch zur Verfügung stehenden Agrarsubventionen profitieren sollen und eben nicht irgendwelche Großgrundbesitzer, die in durchrationalisierten Betrieben bis zu 12 000 Euro pro Arbeitskraft im Jahr abschleppen, oder irgendwelche international agierenden Lebensmittelfirmen, die für die Bauern nun wirklich überhaupt nichts mehr tun. Das einzige, was sie tun, ist, die Preise der Bauern zu drücken. Darüber sollten Sie einmal nachdenken.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

**Vizepräsident Ulrich Biel:**

Meine Damen und Herren, der Abgeordnete Steinecke von der SPD-Fraktion hat sich für einen Satz gemeldet.

(Zurufe: Ein Satz!)

- Das ist der „Einsatz“ von Herrn Steinecke.

Herr Steinecke, Sie haben das Wort.

**Dieter Steinecke (SPD):**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben heute schon sehr oft hingegenommen, dass überzogen wurde. Ich garantiere, dass ich nicht länger als 60 Sekunden spreche.

Ich möchte feststellen, dass eine Platitüde in meiner Rede nie so gefallen ist - Sie haben das aber behauptet. Sie haben so getan, als hätte ich in meiner Rede verlangt, dass jeder kleine Betrieb von 3 bis 17 ha

(Ernst-August Hoppenbrock [CDU]: Natürlich!)

namentlich erwähnt und aufgelistet werden soll. Das habe ich in meiner Rede nicht gesagt.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich habe allgemein von Transparenz gesprochen und davon, dass es dabei unterschiedliche Ausprägungen gibt. Wir müssen sehr sorgfältig prüfen, wie wir bei uns Transparenz vor dem Hintergrund deutscher Datenschutzbestimmungen gestalten. Man sollte schon genau zuhören.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Ulrich Biel:**

Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Zurufe: Oh!)

Wir kommen jetzt zur Ausschussüberweisung.

Federführend soll der Ausschuss für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und mitberatend der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien tätig werden. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.